Soziale Räume in der Urbanisierung

Studien zur Geschichte Münchens
im Vergleich 1850 bis 1933

Herausgegeben von
Wolfgang Hardtwig und Klaus Tenfelde

R. Oldenbourg Verlag München 1990

Photonachweis:
Alle Aufnahmen: Stadtarchiv München
Die Bildunterschriften, v. a. die Jahreszahlen, teilweise nach den Angaben in: Richard Bauer (Hg.), Das alte München, Photographien 1855–1912, München 1982; ders. (Hg.), Nachbarschaften. Altmünchner Herbergsviertel und ihre Bewohner, 2. Aufl. München 1986; ders. (Hg.), Stadt im Überblick. München im Luftbild 1890–1935, München 1986

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Soziale Räume in der Urbanisierung : Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich 1850 bis 1933 / hrsg. von Wolfgang Hardtwig u. Klaus Tenfelde. – München : Oldenbourg, 1990
ISBN 3-486-55091-8
NE: Hardtwig, Wolfgang [Hrsg.]

© 1990 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München
Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.
Satz und Druck: Tutte Druckerei GmbH, Salzweg
Bindung: Verlagsbuchbinderei Göttermann, Aßling
ISBN 3-486-55091-8

Inhalt

Einführung 7

I. Stadt-Land-Konflikte 17

Heiko Haumann
Konfliktlagen und Konflikte zwischen Stadt und Land. Ein Vergleich von vier Regionen im östlichen Europa (1850 bis 1917) 17

Klaus Tenfelde
Stadt und Land in Krisenzeiten. München und das Münchener Umland zwischen Revolution und Inflation 1918 bis 1923 37

II. Soziale Räume – Stadtentwicklung – Städtebau 59

Wolfgang Hardtwig
Soziale Räume und politische Herrschaft. Leistungsverwaltung, Stadterweiterung und Architektur in München 1870 bis 1914 59

Heinz Reif
Stadtentwicklung und Viertelbildung im Ruhrgebiet: Oberhausen 1850 bis 1929 155

Stefan Fisch
Neue Aspekte der Münchener Stadtplanung zur Zeit Theodor Fischers (1893 bis 1901) im interurbanen Vergleich 175

III. Quartierbildung und Mobilität 193

Bruno Fritzsche
Mobilität im Stadtviertel: Zürich um 1870 193

Stephan Bleek
Das Stadtviertel als Sozialraum. Innerstädtische Mobilität in München 1890 bis 1933 217

IV. Kommunale Interessenpolitik und großstädtische Milieus 235

Hermann Beckstein
München, der bayerische Städtetag und die städtischen Organisationsbestrebungen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts 235

Sybille Leitner
Großstadtlust. Prostitution und Münchener Sittenpolizei um 1900 ... 261

Die Autoren 277

Auswahlbibliographie 280

Register 285

Einführung

Zum Begriff der Urbanisierung

Im Blick auf die städtische Entwicklung der letzten rund zwei Jahrhunderte stellt der Historiker einen so erheblichen Formwandel fest, daß es sinnvoller erscheint, zu dessen Beschreibung und Analyse Prozeßbegriffe wie ‚Urbanisierung', statt Zustandsbegriffen wie ‚Stadt', ‚städtisches Leben' zugrunde zu legen. Von der ummauerten Stadt zur offenen Bürgerstadt, zur Industrieagglomeration und zur modernen, oft nur noch administrativ definierten ‚Regional'Stadt hat ein Weg geführt, der möglicherweise sinnvoll als Verlust an äußerer Gestalt, als Formverlust, beschrieben würde, wenn dieser Entwicklung nicht die gleichzeitige Gewinnung einer gleichsam inneren Form, die Durchsetzung von Urbanität als Lebensform nicht nur in den Städten widerspräche.

Urbanisierung ist mithin mehr als die relative Zunahme der in Städten lebenden Bevölkerungsteile einer Gesellschaft. In diesem, eher quantitativen Sinn hat es ‚Verstädterung' immer schon gegeben, ohne daß die Gesellschaften insgesamt urbanen Zuschnitt gewonnen hätten. Dagegen bezeichnet „Urbanisierung" sozusagen einen Sonderfall von Verstädterung, der eine Reihe weiterer Modernisierungen voraussetzt, ergänzt und zum Teil auch ermöglicht. Wiewohl vielfach angenommen, läßt sich die Industrialisierung nicht notwendig als unabdingbare Voraussetzung von Urbanisierung verstehen, kann man doch beispielsweise der Städtelandschaft der griechisch-römischen Antike keineswegs völlig eine gewisse Urbanität im qualitativen Sinne absprechen. Nicht zu bezweifeln ist hingegen, daß erst die Industrialisierung die Entstehung solcher Urbanität in starkem Maße gefördert und darüber hinaus ihre Diffusion ungemein begünstigt hat. Andere Prozesse wie die Alphabetisierung der Gesellschaften, deren Bürokratisierung, die Entfaltung von Massenkommunikationsmitteln und die rasch zunehmende Mobilität innerhalb der Gesellschaften haben dazu beigetragen und sind zugleich von beiden Fundamentalprozessen, der Industrialisierung und Urbanisierung, mindestens stark beschleunigt worden.

Vollendete moderne Industriegesellschaften, gleich welcher Wirtschaftsverfassung, sind urbane Gesellschaften. Wie es scheint, hat sich Urbanität im bezeichneten qualitativen Sinn vor allem auf fünf unterscheidbaren Wegen hergestellt:

1. Die maßgeblichen Determinanten der Bevölkerungsentwicklung traten in eine neue Konstellation, eine grundlegende Entwicklung, die in der Regel als der demographische Übergang von der ‚agrarischen' zur „industriellen

(urbanen) Bevölkerungsweise" bezeichnet wird. Trotz raschen Bevölkerungswachstums zumal in der städtischen Wachstumsphase seit etwa 1880 waren Gebürtigkeit und Sterblichkeit langfristig rückläufig, d. h., das Wachstum speiste sich vor allem durch Zuwanderung vom Lande. Diese Entwicklung hatte einschneidende Folgen im Bereich der Familie, für die Alters- und Generationenstruktur des Arbeitskräftepotentials, die urbanen Sozialisationsbedingungen usw.

2. Die Städte nahmen vor allem in ihrer Bedeutung als industrielle Standorte zu. Sie entfalteten zentralörtliche Funktionen für eine hochgradig arbeitsteilige Massenproduktion einerseits, was industriestädtische Schichtungsverhältnisse entstehen ließ, und sie konzentrierten den Massenkonsum mit wachsenden Absatz- und Verbrauchermärkten bei rasch zunehmenden Dienstleistungsfunktionen auf sich, was den eben bezeichneten Schichtungsprozeß in mancherlei Hinsicht konterkarierte. Dabei dürfte sich der uralte Gegensatz der Städte zum Land während der Urbanisierung mindestens anfänglich verschärft haben, weil die Rollenzuweisung für das „Land" als Nahrungsmittel- und Arbeitskräftelieferant an Bedeutung gewann; in jüngerer Zeit hat sich der Stadt-Land-Gegensatz hingegen gemildert, weil städtische Lebensformen auf das Land übergegriffen haben.

3. Die moderne Stadt hat neue, zunehmend demokratisch legitimierte und sich tendenziell verselbständigende Leitungs- und Verwaltungsfunktionen entfaltet. Stadtplanung und Stadthygiene, Straßen- und Wohnungsbau, Versorgung und Entsorgung der Bevölkerungen (Energie, Verkehr, Kanalisation usw.) verlangten nach einer differenzierten Leistungsverwaltung, in der sich neue Qualifikationen und Eliten herausbildeten. Die Stadt wurde in großem Stile Arbeitgeber, nicht nur durch den Ausbau ihrer Bürokratie, sondern auch durch städtische Eigenbetriebe. Sie gewann als „öffentliche Hand" Einfluß auf den Arbeitsmärkten, was seinerseits die städtischen Schichtungsverhältnisse akzentuierte.

4. Vor allem in den großen Städten entfaltete und verfestigte sich ein eigenes soziokulturelles Milieu, das sich von jenem in Dorf und Provinz, Kleinstadt und älterer Residenzstadt deutlich unterschied. Dieses Milieu prägte sich, vor dem Hintergrund der erwähnten demographischen, wirtschaftlichen und administrativen Bedingungen, als ein Horizont sozialer Interaktion und Kommunikation aus. Es entfaltete sich zunächst im Rahmen der Schichtungsverhältnisse, die in sozial segregierten Quartiermilieus greifbar geworden waren, griff aber darüber hinaus und führte zu einer abgehobenen, eigenständigen Identität des „Großstadtmenschen". Damit verband sich eine neue Definition der Rollen in der Familie und der Rolle der Familie in der Gesellschaft; anstelle älterer nachbarschaftlicher Beziehungen rückte mit der Welt der Vereine ein neues, überfamiliales Geflecht sozialer Beziehungen in den Vordergrund. Jugend- und Erwachsenenkulturen differenzierten sich. Auch auf diesem Feld leisteten die modernen Großstädte als Motoren sozialer Innovation Schrittmacherdienste für die Gesamtgesellschaft.

5. Die besonderen demographischen, wirtschaftlichen, sozialen und administrativen Rahmenbedingungen der Städte haben eigene, nicht notwendig klassengesellschaftliche Konfliktlagen hervorgerufen. Dabei sind neben den Formen politischer Artikulation in der Stadt auch die Inhalte und Ziele von Politik umgeprägt worden. Ohne die Stadt ist die Entwicklung der modernen demokratischen Massengesellschaft schlecht denkbar; nicht zufällig waren die meisten konservativen bis reaktionären Denkrichtungen unter anderem durch Großstadtfeindschaft geprägt. Der Übergang vom Vereins- zum auch interessenpolitisch bestimmten Verbandswesen, von der bürgerlichen Honoratioren- zur modernen Massenpartei läßt sich ohne Urbanisierung nicht zureichend verstehen. Die Städte waren die Stätten der Einübung einer formalisierten demokratischen Legitimation von Verwaltungs- und politischem Handeln. Es waren wohl überwiegend die Städte, die die Gesellschaften an der Schwelle der Moderne unter Demokratisierungsdruck stellten.

Der so beschriebenen Urbanisierung in einem qualitativen Sinn lag nicht nur eine Verstädterung der Gesamtgesellschaften, sondern insbesondere deren Vergroßstädterung zugrunde. Wenn man allerdings Großstädte statistisch durch die Einwohnerzahl definiert, dann sind urbanisierte Städte nicht notwendig, aber doch fast immer Großstädte. Unter ihnen lassen sich nach dem Grad und der Art ihrer zentralörtlichen Funktionen sowie nach der Art und der Rolle der Industrie in ihren Verwaltungsgrenzen verschiedene Stadttypen unterscheiden, was für die wissenschaftliche Untersuchung der Urbanisierung unentbehrlich ist.

Räumliche Dimensionen urbaner Lebensweise

So gesehen, gewinnt Urbanisierungsgeschichte – anders als ältere Formen der Stadtgeschichte – ihre Eigenständigkeit aus dem Umstand, daß sie einen erklärenden Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher, sozialer, politischer und räumlicher Organisation einer gesellschaftlichen Gruppierung, der Stadtbevölkerung, herstellt. Diese räumliche Dimension städtischer Lebensweise verbindet die Fragestellungen und Erkenntnisziele der Beiträge in diesem Sammelband. Sie ist zunächst und primär objektiver Natur, weil sie sich in der territorialen und (mindestens im okzidentalen Rechtskreis) auch rechtlichen Abgrenzung nach außen, nach innen in der Verdichtung von Wohnen, Verkehr und Kommunikation, vor allem in der erhöhten Arbeitsteiligkeit und Funktionsvielfalt der städtischen Gesellschaft herstellt. Verschiedene Städtetypen zeigen dabei naturgemäß unterscheidbare räumliche Gliederungen. Die Klein- und Mittelstadt folgt anders gelagerten Regularitäten als die Großstadt, auf die sich die Urbanisierungsforschung mit Recht konzentriert hat. Denn hier spitzten sich die Wandlungsprozesse in der räumlichen Organisation der städtischen Gesellschaft besonders heftig zu und beanspruchen

besondere historische Relevanz. Aber auch zwischen rasch urbanisierten Großstädten mit alten Stadtkernen wie Essen und Städteneugründungen auf der grünen Wiese wie Oberhausen, in älteren Residenzstädten wie Berlin oder München zeigen sich wichtige Unterschiede. Modifiziert nach Industrialisierungsgrad, Sozialstruktur, politischer Verfassung und überkommenen räumlichen Strukturen unterlag das innere Raumbild der Großstädte während der Urbanisierung einem fundamentalen Wandel.

Man kann zunächst von der äußeren Stadtgestalt ausgehen. In großen alten Reichsstädten wie Köln oder Aachen bot sich bis weit über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus innerhalb der alten Stadtgrenzen hinreichend Platz für neue Straßenzüge, gewerblich-industrielle Anlagen und Wohnungen. In Städten mit frühindustrieller Textilindustrie wie Krefeld schlossen sich die Stadterweiterungen unmittelbar an das im 18. Jahrhundert entstandene Siedlungsgebilde an. Unternehmer und Arbeiter wohnten hier noch in unmittelbarer Nachbarschaft. In älteren, vor allem durch die Textilbranche bestimmten Industriestädten fügten sich die Färbereien, Spinnereien und mechanischen Webereien an die Kernstädte an. Dagegen entschieden die Lagerstätten der Bodenschätze, die Verkehrsbedingungen und Bodenpreise über das Raumbild der Städte in schwerindustriellen Ballungsregionen wie dem Ruhrgebiet, so daß hier Zonen dichtester Industrieansiedlung und Bebauung weit außerhalb der alten kleinen Städte entstehen konnten. In ehemaligen Haupt- und Residenzstädten wie Hannover und Düsseldorf siedelten sich die neuen Fabrik- und Werksanlagen außerhalb der Stadt an; um sie herum wuchsen die Arbeiterviertel mit dem dafür oftmals typischen Mietskasernenbau. In den meisten Fällen beeinflußten die Verkehrslinien, besonders die neuen Eisenbahnen, die industrielle Standortbildung und damit zunehmend auch die großstädtische Siedlungsstruktur. An den Bahnanlagen konzentrierten sich Produktionsstätten, Lagerhallen und Arbeiterwohnbezirke. Durch die Bahnlinien sind deshalb häufig Grenzen im Prozeß der sozialen Segregation der bürgerlichen von den proletarischen Wohnbereichen gesetzt und akzentuiert worden. Die Stadtkerne blieben zumeist zunächst dem ansässigen Gewerbebürgertum vorbehalten, bis dieses sich mindestens aus den Randbezirken der Stadtkerne zurückzog, um die alten, hygienisch unerträglichen Wohnquartiere den Unterschichten zu überlassen, bevor sich in dem generellen, alle Großstädte erfassenden Prozeß der Citybildung unter grundlegender Sanierung der Stadtkerne vorwiegend moderne Dienstleistungsbetriebe, Banken, Versicherungen und Firmenverwaltungen im Innenstadtbereich niederließen. Das trieb die Grundstücks- und Mietpreise in die Höhe und die städtischen Unterschichten in die Stadtrand- und Stadterweiterungslage. Es sind diese Prozesse, die je nach den Standortbedingungen der entstehenden Industriewirtschaft, je nach Rohstofflage und Verkehrsanbindung, nach dem Einsetzen und der Dynamik des industriellen Wachstums, aber auch je nach dem Konzentrationsgrad zentralörtlicher Funktionen in der Region und im Staat phasenverschoben abliefen und eine nahezu unüberschaubare Vielfalt

von Gliederungsvarianten des urbanen Siedlungsgefüges und Daseinsraumes herausbildeten.

Neben diesen objektiv erfaß- und auch meßbaren, topographisch fixierten Raumbildern einer modernen Stadtgesellschaft schlägt sich die räumliche Dimension städtischen Lebens aber auch in subjektiven Aspekten nieder. Urbanisierung bedingt eine eigene Raumerfahrung von Individuen und Gruppen, deren Sozialisation, deren Kommunikation und deren Aktionen räumlich geprägt und auf eine bestimmte Räumlichkeit hin ausgelegt sind. In welcher Weise hat sich das Erlebnis neuartiger Siedlungsformen, die Raumbeherrschung durch gewerbliche und industrielle Nutzungsinteressen am Boden, die Verdichtung des Wohnens, die räumliche Abbildung sozialer Schichtung in der Segregation von Arbeits- und Wohnbezirken, die Technik der Großstadt und die durch sie ermöglichte Lebenserleichterung, aber auch Lebensbelastung, in Erfahrungen niedergeschlagen? Wie sind diese Erfahrungen umgesetzt worden – in der Hinnahme als quasi naturgegeben, in Versuchen, die Gegebenheiten sich anzupassen oder sich ihnen anzupassen oder durch Aufbegehren und aktive Mitgestaltung? Offenbar variiert die subjektive Interpretation der stadträumlichen Konfigurationen je nach Dauer der Ansässigkeit, der Zugehörigkeit zur politischen Körperschaft der Stadtgemeinde, nach persönlicher Mobilität, Schichtzugehörigkeit und sozialem Status, nach ökonomischer Interessenlage und ästhetischem Empfinden.

Sowohl für die äußere Siedlungsgestalt als auch für die subjektive Wahrnehmung der Stadträume war deren Durchdringung mit lebensnotwendigen Ver- und Entsorgungseinrichtungen, also mit einem vermehrten kommunalen Dienstleistungsangebot, offenbar von großer Bedeutung. Die sozialräumliche Verteilung von Ungleichheit hing insofern wesentlich von den Entscheidungen der städtischen Gremien ab. Mit dem Ausbau der Leistungsverwaltung unterlagen solche Entscheidungen zunehmend den Kriterien bürokratischer „Sach-" oder „Fachpolitik". In welchem Verhältnis stand diese jeweils zu den Interessen der in der kommunalen Selbstverwaltung politisch Berechtigten? Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Verwaltungen in beträchtlicher bürokratischer Autonomie auf die Probleme der gesamtstädtischen Raumordnung reagierten; das hing mit dem Bedeutungsverlust des Ehrenamts angesichts kaum noch zu überschauender Problemfülle, mit dem Kompetenzzuwachs des professionalisierten Oberbürgermeisteramtes und zum Teil auch mit einer gegenüber Staat und Land verspäteten Parteipolitisierung der städtischen Kollegien zusammen. Vielleicht ist es eine Folge der in Deutschland traditionell höheren Akzeptanz staatlicher Bürokratien, daß das Erfordernis, in das wuchernde Wachstum der Agglomerationen planend einzugreifen, in deutschen Großstädten vergleichsweise früh realisiert worden ist. Dennoch gab es Widerstände gegen eine zunehmende Planungswilligkeit und Planungskompetenz der Stadtbehörden, Widerstände, die in der Regel auf einen liberalen Eigentumsbegriff und auf antibürokratische und planungsfeindliche Einstellungen der grundbesitzenden Bürgerschicht zurückzuführen waren.

Zumal angesichts dieser Widerstände drängt sich das Urteil der Nachgeborenen auf, wonach sich die kommunale Planungs- und Gestaltungshoheit in Deutschland vergleichsweise spät, mancherorts viel zu spät in weitflächiger Gestaltung des Siedlungsgefüges niedergeschlagen habe – ein vergleichender Blick auf die Großstadtgeschichte in Staaten wie den USA müßte dieses Urteil freilich modifizieren, wenn nicht widerlegen. Wichtig ist jedoch, daß sich mit dem Übergang zu einem zielbewußten, zukunftsorientierten Planen des Stadtraumes, in Deutschland seit dem Höhepunkt des Urbanisierungsprozesses in den 1890er Jahren, die Erkenntnis darüber Bahn brach, daß die Stadt als Ganzes ein in sich hoch differenziertes und interdependentes System ist. Darin ist die Wohlfahrt *aller* Stadtbewohner, auch der herkömmlich oder neu Privilegierten auf längere Sicht nur durch gleichmäßigere Verteilung der kommunalen Dienstleistungen und durch den Abbau sozialer Ungleichheit zu sichern. Das Eindringen der politischen Arbeiterbewegung in die städtischen Gremien hat dieser Erkenntnis erheblichen Vorschub geleistet, wenn sie auch keineswegs dadurch allein ausgelöst worden ist.

Zu den besonderen Entwicklungsmerkmalen der Großstädte während der Urbanisierung hat die in Quartieren dokumentierte sozialräumliche Binnengliederung gehört. Sie war von Vorgaben aus der älteren, vorindustriellen sozialräumlichen Ordnung beeinflußt. Beispielsweise konnte sich eine – von hohem Tagelöhneranteil, sozial niedrig eingestuften Gewerbezweigen, hoher Fluktuation und wenig ausgeprägter dörflicher oder vorstädtischer Identität bestimmte – alte Vorstadt zum typischen Arbeiterquartier wandeln. Aus einem Beamtenviertel des Ancien Régime konnte die bevorzugte Wohngegend des bildungsbürgerlichen Mittelstandes werden. Auch konnte ein von monarchischem Repräsentationsbedürfnis bestimmtes residenzstädtisches Stadterweiterungsgebiet einen bestimmten Häusertypus vorschreiben, was die Nutzung und mithin die soziale Schichtung des Quartiers beeinflußte. Allerdings konnte sich die traditionelle, topographische oder auch administrative Festschreibung des sozialen Quartiercharakters bei fortschreitender Bevölkerungsverdichtung sehr weitgehend verändern, etwa durch die allmähliche Überbauung ursprünglich freigehaltener Innenhöfe. Solange sich die Städtebaupolitik in ihrer laissez-faire-Phase von einem liberalen Eigentumsbegriff leiten ließ und einschränkende Gemeinwohlforderungen durchaus bewußt zurückstellte, wurden Oberschichtenviertel mit Hilfe eines geschickt gehandhabten Instrumentariums baupolizeilicher Bestimmungen häufig sehr gezielt hergestellt. So legten die Behörden die Bebauungsdichte (offene oder geschlossene Bebauung), den Umfang der Grünflächen, die Geschoßhöhe, den Abstand von der Straße u. ä. fest. Umgekehrt konnte die Qualität eines Viertels durch schlechte Ver- und Entsorgung, durch die Ansiedlung emissionsträchtiger Industrien, die Führung der Eisenbahnlinien u. ä. verschlechtert werden, was ursprüngliche Ungunstlagen und damit den schichtspezifischen Quartiercharakter meistens verstärkte.

Der Quartiersbegriff bedarf allerdings der Präzisierung. Das Quartier oder

Stadtviertel konstituiert sich vorab auf einer siedlungsgeographischen, aber auch auf einer sozialgeographischen und schließlich auf einer historisch-mentalen Ebene. Nur aus einer Mehrzahl von Bestimmungsfaktoren kann jeweils festgelegt werden, wo die physischen Grenzen des Quartiers verlaufen, wie sich ein spezifisches Milieu herausbildet, in welcher Weise eine vergleichsweise einheitliche Lebenswelt zum Bewußtsein und zur praktischen Verwirklichung von Quartierzusammengehörigkeit führt. Andererseits darf die verhaltens- und bewußtseinsprägende Kraft des Quartiers nicht überschätzt werden. Das Leben im Quartier blieb eingelassen in den gesamtstädtischen Lebenszusammenhang. Urbanität wurde vom ortsansässigen Gewerbe-, Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum zweifellos stärker im Kontext mit dem gesamtstädtischen, auf die Innenstädte konzentrierten Kultur-, Bildungs-, Kommunikations- und Unterhaltungsangebot erfahren als von der Arbeiterschaft. Vor allem die zuziehenden ländlichen Arbeiter erlebten das Besondere der Großstadt zunächst überwiegend quartiersbezogen. Die zunehmend für Unterschichten zugänglichen innerstädtischen Verkehrssysteme kurz vor und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, die gesamtstädtische Orientierung der Organisationsformen der Arbeiterbewegung und die politische Vertretung von Arbeiterinteressen in den kommunalen Gremien prägten jedoch den gesamtstädtischen Horizont auch im Bewußtsein der Arbeiterschaft so stark aus, daß die städtische Identität auch bei ihr das Selbstverständnis und das Selbstbewußtsein mehr und mehr bestimmte. Es hat den Anschein, als habe sich diese Identifikation der Arbeiter mit der Stadt genau zu dem Zeitpunkt verstärkt, als das Gewerbe-, Wirtschafts- und Bildungsbürgertum seine Bindung an die Stadt, auch im Zuge der Auflösung der bürgerlich-liberalen Vormachtstellung in den Gremien, zu lockern begann.

Die hohe geographische und berufliche Mobilität der Unterschichten in der Stadt und besonders der Zuwanderer in der ersten und zweiten Generation erschwerte deren Integration in der Stadt. Wenig qualifizierte Migranten blieben oft nur kurze Zeit in der Stadt. Die fluktuierenden und die seßhaften Bevölkerungsteile lebten weitgehend nebeneinander her, und die Ortsstabilen blickten auf die Wandernden vielfach geringschätzig herab. Die hohe Fluktuation brachte eine erhebliche Belastung der an sich bereits angespannten Wohnungsversorgung. In Arbeiterquartieren war die Bezugsdauer der Wohnungen durchschnittlich sehr niedrig. Andererseits wiesen die Bewohner proletarischer Quartiere doch eine erstaunliche Ortsbeständigkeit auf. Der größte Teil der Umzüge führte nicht über die Quartiergrenzen hinaus. Selbst in der Generationenfolge entfaltete das Milieu eine außerordentliche Bindekraft.

Zu diesem Band

Dieser Band enthält Beiträge, die anläßlich eines Workshops „Vergleichende Studien zur Geschichte der Urbanisierung in München" im November 1985

an der Universität München vorgelegt wurden. Die Veranstaltung stand im Zusammenhang eines von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Forschungsprojektes zur Geschichte der Urbanisierung in München. Der Schwerpunkt der Beiträge liegt in drei Themenbereichen, in denen der Raumbezug der Stadtgeschichte im Zeitalter der Urbanisierung besonders hervortritt: In seiner allgemeinsten Form im Verhältnis von Stadt und Land (Heiko Haumann, Klaus Tenfelde); spezieller, auf das städtische Territorium bezogen in der Frage nach dem Verhältnis von sozialökonomischen und politischem Wandel zur städtische Raumordnungspolitik, zur baulichen Gestalt und zur sozialräumlichen Gliederung der Stadt (Wolfgang Hardtwig, Heinz Reif, Stefan Fisch); schließlich in der Frage nach der innerstädtischen Quartiersbildung, der Quartiersabgrenzung, nach der Mobilität im Quartier und der Herausbildung quartierspezifischer sozialer Milieus (Bruno Fritsche, Stephan Bleek). Die Beiträge von Hermann Beckstein über die Entstehungsgeschichte des bayerischen und des preußischen Städtetages und von Sibylle Leitner über die Prostitution in München stehen in einem lockeren thematischen Zusammenhang mit der vorrangigen Fragerichtung. In ihnen steht neben der Ausprägung von Urbanität und spezifisch großstädtischen Milieus die Entwicklung einer translokalen großstädtischen Interessenpolitik im Vordergrund.

Ein Hauptzweck des Forschungsprojektes und des Workshops war es, die Urbanisierungsforschung am Beispiels Münchens ein Stück voranzubringen, zu modernisieren. Deshalb war es selbstverständlich, die vergleichende Perspektive wenigstens in einigen ausgewählten Forschungsbereichen von Anfang an einzubeziehen. So werden in diesem Band identische oder ähnliche Problemfelder in Städten unterschiedlichen Typs (München, Zürich, Oberhausen, Wien, Frankfurt, Warschau, Lodz, Petersburg, Moskau) behandelt, und auch in den einzelnen Beiträgen werden vergleichende Aspekte berücksichtigt. Die Autoren des Bandes sind sich in der Auffassung einig, daß trotz der eminenten Formenvielfalt bei der Herausbildung urbanisierter Stadtgesellschaften und Stadtlandschaften das Städtewachstum in der Urbanisierungsphase Regularitäten erkennen läßt. Gerade die Gegenüberstellung regelhafter Abläufe mit den jeweiligen Besonderheiten der Stadtgeschichte eröffnet dem Historiker die Möglichkeit, sich der vielschichtigen Wirklichkeit des Lebens in den historisch singulären räumlichen Ordnungen der industriellen Gesellschaft anzunähern.

Es ist eine angenehme Verpflichtung der Herausgeber, der Stiftung Volkswagenwerk für die finanzielle Unterstützung des Forschungsschwerpunkts „Vergleichende Studien zur Geschichte der Urbanisierung in München" zu danken. Fünf der hier in Aufsatzform veröffentlichten Beiträge (Bleek, Fisch, Hardtwig, Leitner, Tenfelde) konnten im Rahmen einer Vortragsreihe des Historischen Vereins für Oberbayern einer breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht werden. Hierfür danken die Herausgeber dem Leiter des Stadtarchivs der Landeshauptstadt München, Herrn Stadtdirektor Dr. Richard Bauer.

Gleichfalls danken die Herausgeber für namhafte Zuschüsse, mit denen die Stiftung Volkswagenwerk und das Stadtarchivs München, vertreten durch seinen Leiter, die Drucklegung dieses Bandes ermöglichten. Frau Christine Schrödl vom Oldenbourg Verlag hat das Buch engagiert betreut.

Wolfgang Hardtwig *Klaus Tenfelde*

I. Stadt-Land-Konflikte

Heiko Haumann

Konfliktlagen und Konflikte zwischen Stadt und Land. Ein Vergleich von vier Regionen im östlichen Europa (1850 bis 1917)

Osteuropa bietet, betrachtet man die Beziehungen zwischen Stadt und Land, ein höchst differenziertes Bild. Sowohl zwischen den einzelnen staatlichen Territorien als auch zwischen den Regionen desselben Staates bestehen tiefe Unterschiede in den historischen Voraussetzungen wie in den Entwicklungen während der Industrialisierung. Einige Probleme sollen beispielhaft an den Regionen von Warschau, Lodz, Moskau und Petersburg behandelt werden.

I.

Anschaulich machen die beiden bedeutendsten Industriezentren des seinerzeit unter russischer Herrschaft stehenden Teiles von Polen, Warschau und Lodz, Andersartigkeiten deutlich. Warschau, die traditionsreiche Königsmetropole und größte Stadt Polens (nicht nur des russischen Teilungsgebiets), vereinigte in sich die zentralen Behörden des Landes, die wichtigsten kulturellen Einrichtungen sowie eine Vielzahl von Dienstleistungs-, Wirtschafts- und Verkehrsbetrieben. Die Einwohnerschaft war stark strukturiert. Warschau galt als geistiger Mittelpunkt Polens, nicht zuletzt bei allen Hoffnungen auf eine neue nationale Eigenständigkeit[1]. Die Stadt war bereits „urbani-

[1] Einführend, auch zum folgenden: Ryszard Kołodziejczyk, Warschau und Lodz während der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Veränderung des Stadt-Land-Verhältnisses, Bevölkerungswachstum, Migration, Formierung von Unternehmer- und Arbeiterschaft, in: Zentrale Städte und ihr Umland. Wechselwirkungen während der Industrialisierungsperiode in Mitteleuropa. Hrsg. v. Monika Glettler, Heiko Haumann und Gottfried Schramm. St. Katharinen 1985, 15–25; Maria Nietyksza, Rozwój miast i aflomeracji miejsko-przemysłowych w Królestwie Polskim 1865–1914. Warszawa 1986. Vgl. hier außerdem Stefan Kieniewicz, Warszawa w latach 1795–1914. Warszawa 1976; Warszawa stolica Polski. Warszawa 1980; Stephen David Corrsin, Political and Social Change in Warsaw from the January 1863 Insurrection to the First World War: Polish Politics and the „Jewish Question". Ph. D. Univ. of Michigan 1981; ders., Warsaw. Poles and Jews in a Conquered City, in: The City in Late Imperial Russia. Ed. by Michael F. Hamm. Bloomington 1986, 123–151.

siert"[2], bevor die Industrialisierung einsetzte. Wegen der Nähe zum früheren Königshof wie zu den jetzigen Machtorganen konzentrierten sich hier eine reich differenzierte Handwerkerschaft und eine Reihe von Manufakturen. Sie produzierten in erster Linie für die Bedürfnisse der politischen Zentralinstitutionen, vorab militärische und Luxusgüter. Erzeugnisse der Handwerker wurden auch gegen agrarische Waren aus dem Umland getauscht.

Die Handwerker stellten zunächst das wichtigste Rekrutierungspotential für die neu entstehenden Fabriken. Die Verbindungen in die Region hinein verstärkten sich nicht, zumal nach dem gescheiterten Aufstand 1830/31 – und dann noch einmal nach 1863/64 – Warschau als Festung ausgebaut wurde und aufgrund strikter Verbote keine wechselseitigen Beziehungen zu einer aufblühenden Vorstadtzone – wie in anderen europäischen Metropolen – entstehen konnten; auch vom agrarischen Hinterland war die Stadt weitgehend abgeschnitten. Dadurch stagnierte die großstädtische Entwicklung, bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine beschleunigte Industrialisierung und damit eine Expansion der Stadt nicht mehr aufzuhalten war. Zwischen 1893 und 1914 vervierfachte sich die Zahl der Fabrikbetriebe. In der Branchenstruktur rangierte jetzt die metallverarbeitende Industrie an der Spitze. Insgesamt verstärkte sich die Vielfalt der Industrien in Warschau, auch die Konsumgüterzweige waren differenziert vertreten. Daneben existierte ein reichhaltiges Dienstleistungsangebot. Gleichzeitig entfaltete sich auch in der Umgebung der Hauptstadt eine – ganz ähnlich strukturierte – Industrie, die fast die Hälfte der Fabrikproduktion im gesamten Gouvernement Warschau lieferte und ein Drittel der Arbeiter beschäftigte[3].

Diese Expansion konnte natürlich nicht mehr lediglich mit den heimischen Arbeitskräften, in erster Linie ehemaligen Handwerkern, bewältigt werden. Mehr und mehr Arbeiter zogen nun von außerhalb zu, nachdem Warschau bereits in den vierziger und fünfziger Jahren eine starke Zuwanderung erlebt hatte, die das sozial mittlere und niedere Element – kleine Kaufleute und Händler, Krämer, Tagelöhner – verstärkte[4]. Die Arbeiterschaft blieb in der Minderheit, selbst im Gefolge der industriellen Expansion: 1914 machte sie nicht einmal ein Drittel aus. Neben ruinierten oder stellungslosen Handwerkern und ausländischen Fachkräften suchten Nachkommen verarmter Adliger in Warschau und seiner Umgebung nach Arbeit: Dies dürfte eine nur für Warschau typische Besonderheit gewesen sein. Seit den siebziger und achtzi-

[2] Zum Begriff Urbanisierung Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland. Frankfurt/M. 1985, 10–12.

[3] Wielkomiejski rozwój Warszawy do 1918 roku. Pod red. Ireny Pietrzak-Pawłowskiej. Warszawa 1973; Ryszard Kołodziejczyk/Ryszard Gradowski, Zarys dziejów kapitalizmu w Polsce. Warszawa 1974; Wiesław Puś, Przemysł Królestwa Polskiego w latach 1870–1914. Problemy struktury i koncentracji. Łódź 1984.

[4] Stefania Kowalska-Glikman, Przemiany struktury społecznej i zamodowej w I. połowie XIX w, in: Dzieje śródmieścia. Warszawa 1975, 136f.; dies., Ruchliwość społeczna i zamodowa mieszkańców Warszawy w latach 1845–1861. Warszawa, Kraków, Wrocław 1971; Adam Szczypiorski, Warszawa i jej gospodarka i ludność w latach 1832–1862. Warszawa 1966.

ger Jahren strömten darüber hinaus massenweise Verdienst suchende Landbewohner nach Warschau. 1882 kamen über zwei Drittel der dortigen Tagelöhner vom Land. Diese Zuwanderung ließ dann nach: Das Proletariat der Region Warschau rekrutierte sich zunehmend – und stärker als in den anderen Industriezentren Polens – wieder aus Einheimischen[5].

Ganz anders verlief die Entwicklung in Lodz. Diese Stadt war eine künstliche Ansiedlung: 1820 ordnete die Regierung an, daß in der Nähe des alten kleinstädtischen Lodz eine Fabrikstadt geschaffen werden solle. Beide Teile von Lodz existierten lange Zeit nebeneinander – zwar mit vielfältigen Beziehungen, aber ohne Integration. Die Stadt wuchs zunächst gezielt nach verhältnismäßig großzügigen urbanistischen Plänen. Das änderte sich jedoch im Laufe der Industrialisierung, die sich in Lodz hauptsächlich auf den Textilsektor konzentrierte. In den dreißiger und vierziger Jahren wurde der Vorrang der Tuchherstellung von der Baumwollbranche abgelöst, die von nun an das Bild der Stadt bestimmte. Konnte die Verwaltung anfangs noch die rasch wachsende Einwohnerzahl durch neue Viertel im Rahmen der Planung auffangen, so glitt ihr die Entwicklung seit der Jahrhundertmitte aus der Hand. Die beschleunigte industrielle Expansion und die Massenzuwanderung der Arbeitskräfte vom Land führten zu einer wenig planmäßigen Bautätigkeit in Lodz und seiner Vorstadtzone. Die Stadtlandschaft wandelte sich grundlegend.

Die künstliche Entstehung von Lodz, die Konzentration auf einen Industriezweig und deren Auswirkungen auf die Stadtentwicklung, schließlich auch das Fehlen von zentralen administrativen Funktionen brachten es mit sich, daß die Angebote an Arbeitsplätzen, Dienstleistungen und Kultur ziemlich undifferenziert blieben. Erst seit der Jahrhundertwende begann sich dies, verbunden mit den sich verschärfenden nationalen Gegensätzen zwischen Deutschen, Polen und Russen, allmählich zu ändern[6].

[5] Anna Żarnowska, Die soziale Herkunft des städtischen Proletariats im Königreich Polen, in: Zentrale Städte (wie Anm. 1), 36–44; dies., Forschungen zur Geschichte der Arbeiterklasse Polens im 19. bis 20. Jahrhundert (bis 1939), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 23, 1981, 531–548; dies., Die Kultur der Arbeiterklasse und ihre historischen Traditionen in Polen an der Wende des 19. und 20. Jahrhunderts. Ein Überblick, in: Archiv für Sozialgeschichte 23, 1983, 540–554; und zuletzt ihre wichtige Studie: Robotnicy Warszawy na przełomie XIX i XX wieku. Warszawa 1985.

[6] Kołodziejczyk, Warschau und Lodz (wie Anm. 1); Łódź. Dzieje miasta. T. 1. Do 1918 roku. Warszawa, Łódź 1980; Gryzelda Missalowa, Studia nad powstaniem łódzkiego okręgu przemysłowego 1815–1870. T.1. Przemysł. Łódź 1964, t.2. Klasa robotnicza. Łódź 1967, t.3. Burżuazja. Łódź 1975; Adam Ginsbert, Łódź. Studium monograficzne. Łódź 1962; Ireneusz Ihnatowicz, Przemysł łodzki w latach 1860–1900. Wrocław, Warszawa, Kraków 1965; Anna Słoniowa, Problemy liczebności, narodowości i wewnętrznego zróżnicowania burżuazji Łódzkiej w drugiej połowie XIX w., in: Dzieje burżuazji w Polsce. Studia i materiały. T.III. Pod red. Ryszarda Kołodziejczyka. Wrocław, Warszawa, Kraków, Gdańsk, Łódź 1983, 121–144; Otto Heike, Aufbau und Entwicklung der Lodzer Textilindustrie. Eine Arbeit deutscher Einwanderer in Polen für Europa. Mönchengladbach 1971; Oskar Kossmann, Lodz. Eine historisch-geographische Analyse. Marburg 1966. Vgl. Irena Popławska, Die Auswirkungen der Industrialisierung auf die Architektur am Beispiel der Stadt Lodz, in: Zentrale Städte (wie Anm. 1), 60–70; Wiesław Puś, Przemysł włokienniczy w Królestwie Polskim w latach 1870–1900. Zagadnienia

Anders als in Warschau gestalteten sich auch die Stadt-Land-Beziehungen. Ökonomisch gab es von Anfang an einen regen Kontakt, weil die neu gegründete Stadt gar nicht autark bestehen konnte. Die Lodzer Textilbetriebe produzierten allerdings im wesentlichen für ferner liegende Absatzgebiete. Die Arbeiter der Fabriken kamen in der ersten Phase von weit her: Tuchmacher aus Großpolen, andere Fachkräfte aus Preußen, Sachsen, Böhmen und weiteren Ländern. Es blieb ein Kennzeichen von Lodz, daß die Deutschen einen beträchtlichen Teil der Einwohnerschaft ausmachten, ursprünglich sogar etwa drei Viertel, am Vorabend des Ersten Weltkrieges ungefähr 10 % (jeweils ohne Angehörige jüdischer Konfession berechnet). Der Rückgang folgte aus der beschleunigten Industrialisierung seit der Jahrhundertmitte, aber auch aus den Wirkungen der Bauernbefreiung von 1864: Immer mehr Polen aus näher- und weitergelegenen Dörfern versuchten, in den Lodzer Fabriken Arbeit zu finden. Um 1900 waren rund zwei Drittel der Bevölkerung außerhalb der Stadt geboren; 85 % der Zuwanderer stammten aus Russisch-Polen. Der Arbeitsmarkt konnte den Zustrom, sieht man von einigen Krisen ab, im großen und ganzen fassen. In der Baumwollindustrie wuchs die Zahl der Arbeiter zwischen 1869 und 1900 um das Neunzehnfache. Lodz wurde zur größten polnischen Arbeiterzusammenballung. Die Textilindustrie blieb dominant, nach 1900 nahmen alle anderen Branchen lediglich etwa 6 % des Produktionswertes ein[7].

Bevor auf Konfliktfragen innerhalb der Städte eingegangen wird, die sich aus diesen unterschiedlichen Stadt-Land-Beziehungen ergaben, muß ein Faktor erwähnt werden, der überall als Mittler zwischen Dorf und Stadt auftrat, aber auch selbst Träger von Konflikten wurde: die Juden. Diese Mittlerfunktion – „das Spezifikum des Judentums in der europäischen Geschichte"[8] – erreichte in Polen zwischen 16. und 18. Jahrhundert ihre Höhepunkt.

Jüdische Händler nahmen den adligen Grundbesitzern ihre Überschußproduktion ab, verkauften sie in der Stadt und lieferten im Gegenzug notwendige städtische Waren. Die Hausierer („Dorfgeher") und Krämer deckten den Bedarf der Bauern und Kleinstädter, kauften deren Produkte an, ja wickelten oft deren sämtliche Geschäfte ab. Der Adel ließ die Juden darüber hinaus bei den Bauern die Pacht und andere Abgaben einziehen. Teilweise erhielten sie zur Belohnung für ihre Dienste selbst Pachtgüter überlassen.

struktury i dynamiki rozwoju. Łódź 1976 (= Acta Universitatis Lodziensis. Zeszyty naukowe Uniw. Łódzkiego, nauki human. – społeczne, seria, I, zeszyt 5); ders./Stefan Pytlas, Les transformations et le développement de l'industrie textile dans le royaume de Pologne dans les années 1870–1914, in: Acta Universitatis Lodziensis. Folia geographica 6, 1985, 17–32.

[7] Bronisława Kopczyńska-Jaworska, Lodz – Zur Geschichte der Stadt und zur Kultur des Arbeitermilieus (von den Anfängen bis 1939), in: Zentrale Städte (wie Anm. 1), 45–59; Kołodziejczyk, Warschau und Lodz (wie Anm. 1), 23 (die unterschiedliche Angabe der Einwohnerzahl zu Kopczyńska-Jaworska, 50, ergibt sich vermutlich aus der Einbeziehung der Vorstädte).

[8] Jürgen Hensel, Polnische Adelsnation und jüdische Vermittler 1815–1830. Über den vergeblichen Versuch einer Judenemanzipation in einer nicht emanzipierten Gesellschaft, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 32, 1983, 7–227, hier 93.

Außerdem bekamen sie häufig die Pacht der dörflichen Schankwirtschaften, wo sie den auf den Adelsgütern gebrannten Schnaps verkauften – eine weitverbreitete Erscheinung bis ins 19. Jahrhundert hinein. Dieser Wirtschaftskreislauf zwischen adligen Gutsbesitzern, Bauern, ländlichen oder städtischen Handwerkern, Großkaufleuten und Unternehmern mit den Juden als Mittlern wurde durch die mitteleuropäische Agrarkrise zu Beginn des 19. Jahrhunderts entscheidend gestört. Die Absatzprobleme für ihr Getreide versuchten die Adligen dadurch zu unterlaufen, daß sie die Alkoholproduktion ausweiteten und um des höheren Gewinns willen die Juden aus Branntwein-Erzeugung und -Absatz zumindest teilweise verdrängten[9].

Der ökonomische Konkurrenzkampf führte dazu, daß antijüdische Ressentiments angeheizt wurden, die Juden zunehmend vom Land in die Städte zogen und durch den schwerwiegenden Eingriff in die jüdische Mittlerfunktion neue Barrieren zwischen Land und Stadt errichtet wurden. Wohlhabendere Juden in der Stadt übernahmen eine neue Mittlerrolle im entstehenden Kapitalismus: als Großunternehmer oder Bankiers. Zu einer Zusammenarbeit mit den Restbeständen jüdischen Kleinhandels auf dem Land kam es nur punktuell[10].

Durch diesen Wandel entstanden neue Konfliktpotentiale, die eng mit den Stadt-Land-Beziehungen zusammenhingen. Der teilweise extrem hohe Judenanteil in den polnischen Städten aufgrund der Zuwanderung vom Land – 1900 gab es in Warschau rund 35 % und in Lodz rund 30 % Juden – förderte die antijüdische Agitation. Hinzu traten der Verdrängungswettbewerb der aufsteigenden nichtjüdischen Bourgeoisie gegen die reichen Juden sowie der Haß in Teilen der Arbeiterschaft – und darüber hinaus innerhalb der Bevölkerung – auf die jüdischen „Kapitalisten", die in den nationalen Auseinandersetzungen besondere Feindschaft auf sich zogen. Insbesondere in Lodz identifizierte man die Juden mit den Deutschen, obwohl dies höchstens für

[9] Ausführlich dazu Hensel, Adelsnation (wie Anm. 8); vgl. außerdem Bernard D. Weinryb, Neueste Wirtschaftsgeschichte der Juden in Rußland und Polen. Von der 1. polnischen Teilung bis zum Tode Alexanders II. (1772–1881). ²Hildesheim/New York 1972, hier bes. 50–51, 93–114, 128ff., 152, 259–261; Artur Eisenbach, Z dziejów ludności żydowskiej w Polsce w XVIII i XIX wieku. Studia i szkice. Warszawa 1983; ders., Emancypacja Żydów na ziemiach polskich 1785–1870 na tle europejskim. Warszawa 1988; Juden in Ostmitteleuropa. Von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg. Hrsg. von Gotthold Rhode. Marburg 1989 (auch zum folgenden).

[10] Hensel, Adelsnation (wie Anm. 8), 66, 68, 92, 116–118; Weinryb, Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 9), 53–56; Jan Kosim, Losy pewnej fortuny. Z dziejów burżuazji warszawskiej w latach 1807–1830. Wrocław, Warszawa, Kraków, Gdańsk 1972; ders., Warszawscy liweranci wojskowi w latach 1807–1830, in: Rocznik Warszawski 10, 1969, 81–111. Allgemein zu Unternehmern außerdem Ireneusz Ihnatowcz, Obyczaj wielkiej burżuazji warszawskiej w XIX wieku. Warszawa 1971; ders., Burżazja warszawska. Warszawa 1972; Joanna Hensel, Burżuazja warszawska drugiej połowy XIX w. w świetle akt notarialnych. Warszawa 1979; Ryszard Kołodziejczyk, Miasta, mieszczaństwa, burżuazja w Polsce w XIX w. Szkice i rozprawy historyczne. Warszawa 1979; ders., Burżuazja w Królestwie Polskim – szkic do portretu, in: Dzieje burżuazji III (wie Anm. 6), 293–308; ders., Rodzina mieszczańska w Warszwawie w XIX wieku, in: Kronika Warszawy 1984, 91–103; sowie dessen glänzendes letztes Werk in einer Reihe strukturgeschichtlicher Biographien, Jan Bloch (1836–1902). Szkic do portretu „króla polskich kolei". Warszawa 1983.

eine dünne Oberschicht zutraf. Als sich die Mehrheit der Juden im nationalen Konflikt der Polen mit den Russen eher neutral verhielt, gab dies antijüdischen Ressentiments starken Auftrieb. Die Warschauer Weihnachtsausschreitungen von 1881 machten erstmals sichtbar, wie leicht sich die Probleme des sozial-ökonomischen Umbruchs gegen die Juden entladen konnten und wie leicht sich der Neid auf einige wenige reiche Juden in Gewalt gegen alle Juden umsetzen ließ. Noch deutlicher wurde dieser Hintergrund bei den Unruhen in Lodz 1892. Eine anfangs erfolgreiche Streikbewegung ging in antijüdische Aktionen über, möglicherweise geschürt durch die russischen Behörden, damit sie um so einfacher Militär zur Niederschlagung des „Aufstandes" entsenden konnten. Daß sich jedoch eine Reihe von Arbeitern – wohl nicht zuletzt unter Hinweis auf die jüdischen Kapitalisten – von ihren eigentlichen Zielen ablenken ließ, zeigt, wie sehr die Juden die Rolle eines Katalysators im nicht klar durchschauten sozialen Konflikt einnehmen konnten[11].

Interessant ist, daß die gewaltsamen Ausschreitungen in Warschau und Lodz hauptsächlich von städtischen Unterschichten, Vorstadtbewohnern, ja sogar aufgehetzten Bauern aus der Umgebung getragen wurden. Obwohl die Quellenlage außerordentlich schlecht ist, deutet doch einiges darauf hin, daß diese Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Stadt-Land-Beziehungen stehen. Daß die Juden nicht zuletzt durch den Wandel ihrer ökonomischen Funktionen – der übrigens auch eine erhebliche soziale Differenzierung mit sich brachte – und den massenhaften Zuzug in die Städte erst Objekt neuer Formen antijüdischer Einstellungen wurden, liegt nahe. Darüber hinaus dürfte aber auch – dies wäre zumindest eine Arbeitshypothese – die durch eine Stadt-Land-Migration beeinflußte soziale Zusammensetzung der städtischen Unterschichten und der Arbeiterschaft von Bedeutung gewesen sein. Ein Blick auf die dadurch bestimmten Konfliktlagen in Warschau und Lodz mag dies verdeutlichen.

Die dörflichen Zuwanderer nach Warschau arbeiteten in der ersten Phase vorwiegend zunächst saisonweise als Tagelöhner in der Stadt. Später, wenn sie eine ständige Verdienstmöglichkeit gefunden hatten, siedelten sie auf Dauer über. Oft wurde allerdings erst der Sohn eines solchen Zuwanderers seßhaft. In der zweiten Phase der Immigration, gegen Ende des 19. Jahrhunderts, zogen dann hauptsächlich Jugendliche vom Dorf nach Warschau, um dort als Lehrling im Handwerk zu beginnen und allmählich in Industriebetrieben oder anderen Unternehmen aufzusteigen. Die Großstadt bot verhält-

[11] Frank Golczewski, Polnisch-jüdische Beziehungen 1881–1922. Eine Studie zur Geschichte des Antisemitismus in Osteuropa. Wiesbaden 1981, bes. 40–59. Vgl. zu ähnlichen Prozessen in Prag Heiko Haumann, Das jüdische Prag (1850–1914), in: Die Juden als Minderheit in der Geschichte. Hrsg. von Bernd Martin und Ernst Schulin. München 1981, 209–230, 347–349. – Die Angaben über den jüdischen Bevölkerungsanteil 1900 bei Arthur Ruppin, Soziologie der Juden. Bd. 1. Berlin 1930, 114 (sie beruhen auf der Volkszählung von 1897). Zur Minderheitenproblematik auch Elżbieta Kaczyńska, Nationalität und Bürgertum im Königreich Polen (1864–1914) in: Die alte Stadt 14, 1987, 254–274.

nismäßig günstige Bedingungen, eine Beschäftigung – auch außerhalb des industriellen Sektors – zu finden. Seit der zweiten Phase kam es deshalb selten vor, daß die Zuwanderer aufs Land zurückkehrten. Selbst in schwierigen Zeiten – etwa nach dem Tod des Vaters – blieb die Familie meist in der Stadt, weil sie es auch Frauen ermöglichte, so viel zu verdienen, um die Ernährung sicherzustellen. Zu der Seßhaftigkeit trug zusätzlich bei, daß die ehemaligen Dörfler nicht leicht wieder in ihre frühere Heimat ausweichen konnten: Die Kontakte waren meist rasch abgerissen, weil die Herkunftsregion weit entfernt lag oder die Weggezogenen dort als völlig Verarmte hätten neu anfangen müssen.

Aufgrund der großstädtischen Möglichkeiten zeichnete sich die Warschauer Arbeiterschaft durch eine verhältnismäßig hohe Mobilität aus. Dennoch kann man sagen, daß die dörflichen Neuankömmlinge vor allem in „niederen" Arbeiten – etwa bei der Warschauer Eisenbahn – beschäftigt wurden. Wem der Aufstieg nicht gelang, blieb in kleinen industriellen oder handwerklichen Betrieben. Hier vermischte er sich mit deklassierten Handwerkern, Kleinkaufleuten und Kleinunternehmern. In diesem sozialen Gemenge lag die Brisanz, die sich leicht in gewaltsamen, wenig zielgerichteten Ausschreitungen entladen konnte. Die relativ schnelle Lösung der meisten Immigranten von ihrer früheren dörflichen Heimat und die Formierung eines seßhaften Proletariats trotz unterschiedlichster sozialer und nationaler Herkunft, Konfession sowie fachlicher Ausbildung begünstigte andererseits deren organisierte politische Aktivität[12].

In Lodz gab es durch die Dominanz der Textilindustrie kein so reichhaltiges Angebot an Arbeitsplätzen wie in Warschau. Insofern blieben auch die Mobilität verhältnismäßig beschränkt und die Differenzierung innerhalb der Arbeiterschaft gering. Die Facharbeiter kamen zunächst aus dem Ausland; erst in einer späteren Phase rekrutierten sie sich aus einheimischen Ausbildungsstätten sowie durch Zuwanderung von Spezialisten aus ländlichen Gegenden. Die Frau als Haupternährerin der Familie – insbesondere in Krisenzeiten – finden wir ähnlich wie in Warschau, allerdings bot sich auch hier in der Regel keine Alternative zum Textilbetrieb. Die Neuankömmlinge vom Dorf versuchten – ebenso wie in Warschau –, sich so schnell wie möglich an das städtische Leben anzupassen. Der zweiten Immigranten-Generation nach der Jahrhundertwende fiel dies bereits wesentlich leichter als der ersten: Sie war meist beruflich besser vorbereitet und fand zudem häufig Hilfe bei den früher Zugewanderten. Eine gegenseitige Unterstützung der ehemaligen Dörfler ist allerdings von Anfang an zu beobachten. Die Neuankömmlinge zogen zu Verwandten oder Bekannten aus der gleichen Gegend, so daß vielfach in bestimmten Häusern und Stadtvierteln Leute aus demselben Landesteil lebten. Nur allmählich vermischten sie sich mit der übrigen Bevölkerung.

Dadurch verlief der Assimilationsprozeß widersprüchlich. Die Neubürger

[12] Żarnowska, Herkunft (wie Anm. 5), 38–41; dies., Robotnicy (wie Anm. 5), passim.

strebten einerseits danach, möglichst schnell nicht mehr als „Bauern" zu gelten, da man sonst offenbar als Zielscheibe des Spottes diente. Man kleidete sich deshalb betont städtisch und vermied mundartliche Ausdrücke.

Vor allem die ehemaligen Dorfarmen und diejenigen, die aus entfernten Gebieten stammten, brachen den Kontakt zur früheren Heimat rasch ab. Dazu trug im übrigen das weit verbreitete Analphabetentum bei, das eine briefliche Verbindung fast unmöglich machte. Die Ansiedler aus den Dörfern der näheren Umgebung trafen sich hingegen mit ihren Familien oder Bekannten auf den Wochenmärkten in Lodz oder auf der Kirmes und bei kirchlichen Feiertagen im Dorf. Auch sie hoben aber ihren neuen städtischen Status hervor, um ihren „Aufstieg" zu dokumentieren.

Die Zwiespältigkeit der Assimilation zeigte sich darin, daß sich – hauptsächlich wohl durch das Zusammenleben der Zuwanderer gleicher regionaler Herkunft – Dorfkulturmuster lange erhielten. Traditionelle Bräuche bei Hochzeiten, Beerdigungen, Kirchenfesten oder an Fastnacht sind vielfältig belegt. Umstritten ist, ob die häufig anzutreffende Nachbarschaftshilfe auf dörfliche Vorbilder zurückging oder durch das wachsende Klassenbewußtsein bedingt war. Die Verbindung von Elementen dörflicher Überlieferung mit städtischen Lebensformen schlug sich auch im Verhalten bei Konflikten nieder: Eine Solidarisierung der Arbeiterschaft kam nicht ohne weiteres zustande. Die Zugewanderten schlossen sich manchem Streik nicht an. In einigen Fällen versuchten ehemalige Dörfler auch, Arbeitskämpfe oder Krisensituationen zu ihrem persönlichen Vorteil in der Fabrik auszunutzen. Das führte häufig zur – unberechtigten – pauschalen Abwertung der Immigranten.

Diese Ambivalenz verschärfte sich noch durch die nationalen (und konfessionellen) Spannungen, die in Lodz wesentlich heftiger zutage traten als in Warschau. Obwohl die sozialistischen Organisationen durchaus starken Einfluß ausüben konnten, gewannen auch die Nationalisten zahlreiche Anhänger innerhalb der Arbeiterschaft, die sich hier wiederum mit Teilen des Kleinbürgertums zusammenfand. Der Kampf ging gegen den Deutschen und Juden als Synonym für den Kapitalisten. Der soziale Konflikt verdoppelte sich im nationalen (und religiösen). Die Besonderheiten der Stadt-Land-Beziehung in Lodz dürften zu dieser wenig rationalen Stoßrichtung erheblich beigetragen haben[13].

[13] Kopczyńska-Jaworska, Lodz (wie Anm. 7), 52–59; dies., Kultura środowiska robotniczego Łódzi, in: Łódzkie Studia Etnograficzne 21, 1979, 15–34; A. Barszczewska-Krupa/P. Samuś, Życie społeczno-polityczne, in: Łódź (wie Anm. 6), 392–397. – Rosa Luxemburg hatte sicher recht, wenn sie für Polen (und gerade auch Lodz) bei den Arbeitern eine schwächere Landbindung als für Rußland annimmt. Ob die polnische Arbeiterschaft deshalb allerdings „stabiler" war, wie sie meint, muß in Frage gestellt werden (Die industrielle Entwicklung Polens [1898], in: Gesammelte Werke I/1. Berlin/DDR 1974, 113–216, hier bes. 162–167, vgl. 154–159). Allgemein zur Nationalitätszugehörigkeit der Arbeiter in Polen Anna Żarnowska, O składzie narodowościowym klasy robotniczej w Królestwie Polskim na przełomie XIX i XX wieku, in: Kwartalnik Historyczny 80, 1973, 787–816; zur Arbeiterkultur: Wokół tradycji kultury robotniczej w Polsce. Hrsg. von Anna Żarnowska. Warszawa 1986.

II.

Die beiden polnischen Großstädte sollen nun mit den beiden russischen Metropolen Moskau und Petersburg, die ebenfalls zugleich bedeutende Industriezentren waren, verglichen werden. Die historischen Voraussetzungen der Stadt-Land-Beziehungen unterschieden sich tiefgreifend von denen in Polen. Eine rechtliche Abschottung zwischen Stadt und Land prägte sich in Rußland nicht aus. Folglich entstand auch keine klar umrissene Stadtbürgergemeinde. Die Grenzen zwischen beiden Bereichen blieben fließend: Die Bauern wanderten hin und her, sie verkauften ihre agrarischen und handwerklichen Produkte zum großen Teil selbst in der Stadt. Dies trug wiederum mit dazu bei, daß sich eine städtische, in Zünften organisierte Handwerkerschaft bestenfalls in Ansätzen herausbildete. Die Städtereformen des 18. und 19. Jahrhunderts veränderten die Rahmenbedingungen etwas, so wie sich auch Petersburg durch ihre künstliche Gründung und ihren residenzstädtischen Charakter von den altrussischen Städten abhob. Doch die Traditionen des Stadt-Land-Verhältnisses wirkten weiter[14].

Dies zeigt sich ganz deutlich noch im Industrialisierungsprozeß des 19. und 20. Jahrhunderts, wie ein Blick auf Unternehmer- und Arbeiterschaft belegen soll.

Die russische Unternehmerschaft unterschied sich in ihrer sozialen Zusammensetzung wesentlich von dem im Westen vorherrschenden Bild. Zwar wandten sich auch Großkaufleute dem neuen Geschäft zu, Handwerker findet man jedoch kaum, dagegen um so mehr Adlige und nicht zuletzt Bauern. Gerade das Industriezentrum Moskau wurde von einer Verbindung von ehemaligen Bauern, Kaufleuten und Adligen geprägt, die einen spezifischen „Moskauer Unternehmertyp" herausbildeten. Er war durch eine Ablehnung alles Ausländischen und Betonung des „Russischen", Geringschätzung der Bürokratie sowie vorrangigem Engagement in der Textil- und Nahrungsmittelindustrie mit engen Beziehungen zum agrarischen Bereich gekennzeichnet[15]. Unser besonderes Interesse verdienen die früheren Bauern. Sicher gab

[14] Einführend (mit Literaturhinweisen) Heiko Haumann, Die russische Stadt in der Geschichte, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 27, 1979, 481–497. Zum Charakter Petersburgs Klaus Meyer, Kaiserliche Residenz und sozialistische Großstadt. Typologische Überlegungen zur Geschichte der Stadt St. Petersburg – Petrograd – Leningrad, in: Ostmitteleuropa. Berichte und Forschungen. Hrsg. von Ulrich Haustein, Georg W. Strobel und Gerhard Wagner. Stuttgart 1981, 64–77. Zum Vergleich von Moskau und Petersburg (auch im folgenden) Joseph Bradley, Moscow. From Big Village to Metropolis, in: The City (wie Anm. 1), 9–41; James H. Bater, Between Old and New. St. Petersburg in the Late Imperial Era, ebd., 43–78.

[15] Alfred J. Rieber, The Moscow Entrepreneurial Group: The Emergence of a New Form in Autocratic Politics, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 25, 1977, 1–20, 174–199, hier bes. 9; ders., Merchants and Entrepreneurs in Imperial Russia. Chapel Hill 1982; vgl. Pavel A. Buryškin, Moskva kupečestva. New York 1954; Thomas C. Owen, Capitalism and Politics in Russia: A Social History of the Moscow Merchants, 1855–1905. New York 1981; I. F. Gindin, Russkaja buržuazija v period kapitalizma, ee razvitie i osobennosti, in: Istorija SSSR 1963, Nr. 2, 57–80, Nr. 3, 37–60; M. L. Gavlin, Rol' centra i okrain Rossijskoj imperii v formirovanii

es auch anderswo immer wieder Angehörige dieser Gruppe, die sich unternehmerisch betätigten. In Rußland stellten sie jedoch in Ausmaß und Bedeutung eine herausragende Erscheinung dar. Zahlreiche leibeigene Bauern, die statt Fronarbeit Geldzins leisten mußten, versuchten seit dem 17. Jahrhundert, durch Handel und Gewerbe ihre Abgaben zu verdienen und vielleicht noch die für den Loskauf benötigte Summe zu ersparen. Eine Reihe von Gutsbesitzern erkannte die Chance für den eigenen Gewinn und ließ diesen Bauern verhältnismäßig freie Hand. Natürlich darf man sich das nicht als Idylle vorstellen: Immer wieder setzten die Willkür des Herrn oder Beschränkungen seitens des zaristischen Staates dem bäuerlichen Selbständigkeits- und Aufstiegsstreben eine Grenze. Doch einigen gelang der Aufstieg, und sie legten den Grundstein für die bedeutendsten Textilunternehmen vor allem im Moskauer Raum. Dies wäre ohne die besonderen Stadt-Land-Beziehungen in Rußland nicht möglich gewesen[16].

Mit zunehmender Industrialisierung gegen Ende des 19. Jahrhunderts trat mehr und mehr ein zweiter Unternehmertyp hervor, der als der „Petersburger" bezeichnet wird. Er setzte sich im westlichen aus ehemaligen Staatsbeamten, Ingenieuren und Technikern zusammen, die die leitenden Positionen in Aktiengesellschaften der Schwerindustrie innehatten, eng mit den Großbanken verbunden waren und sich nicht nur in der Kapitalverflechtung, sondern auch in ihren Wertvorstellungen zum westlichen Ausland hin orientierten. In sich war er weniger geschlossen als der „Moskauer", auch mangelte ihm die für das Prestige wichtige Teilnahme zahlreicher Adliger. Beide Unternehmertypen standen sich zunächst unversöhnlich gegenüber: Die „Moskauer" fühlten sich als echt russische „Herren" (*chozjain*) und schauten verächtlich auf die emporgekommenen „Bürokraten" in Petersburg (und anderswo) herab. Diese wiederum verspotteten die „Moskauer" als altmodisch und rückständig. Das Auseinanderklaffen zweier Mentalitätswelten vertiefte sich durch gegensätzliche ökonomische Interessen: Die Schwerindustrie war auf Staatshilfe bei der Kapitalbeschaffung und bei Aufträgen angewiesen, die ihr auch großzügig gewährt wurde – zu Lasten der Textilindustrie, die in viel geringerem Umfang staatliche Aufträge erhielt und unter der Abschöpfung der Massenkaufkraft durch den Staat zu leiden hatte. Im Ersten

krupnoj moskovskoj buržuazii v poreformennoj period, in: Istoričeskie zapiski 92, 1973, 336–355; Roger Portal, Industriels moscovites: Le secteur cotonnier (1861–1914), in: Cahiers du monde russe et soviétique 4, 1963, 5–46, Jo Ann S. Ruckman, The Business Elite of Moscow: A Social Inquiry. Ph. D. Northern Illinois Univ. 1975. Hier und zum folgenden auch Heiko Haumann, Unternehmer in der Industrialisierung Rußlands und Deutschlands. Zum Problem des Zusammenhanges von Herkunft und politischer Orientierung, in: Scripta Mercaturae 20, 1986 (1988), 143–159.

[16] Speziell zum leibeigenen Bauern als Unternehmer J. Kulischer, Die kapitalistischen Unternehmer in Rußland (insbesondere die Bauern als Unternehmer) in den Anfangsstadien des Kapitalismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 65, 1931, 309–355; Henry Rosovsky, The Serf Entrepreneur in Russia, in: Explorations in entrepreneurial history 6, 1953–54, 207–233.

Weltkrieg allerdings begannen sich dann auch die „Moskauer" Unternehmer in das System staatlicher Auftragsvergabe zu integrieren.

Der „Kampf zwischen Moskau und Petersburg" machte in hohem Grade die immer wieder beklagte „Schwäche" der russischen Bourgeoisie aus. Er verhinderte den nötigen Druck, um eine mächtige Interessenvertretung gegenüber dem Staat aufzubauen, und durchkreuzte häufig Versuche der jeweils anderen Seite, bestimmte politische Vorstellungen zu verwirklichen. Der Wirrwarr, der durch das komplizierte Mit- und Gegeneinander von Unternehmergruppen und Regierungsorganen entstand und auch zu einer oft schwankenden staatlichen Politik führte, wurde gerade im Ersten Weltkrieg besonders deutlich. An eine prinzipielle Alternative zur zarischen Herrschaft dachte allerdings kaum einer der Unternehmer: Die einen fuhren ökonomisch nicht schlecht damit, und von einer Aufweichung des Systems befürchteten sie die sozialistische Revolution und das Chaos. Die anderen fühlten sich viel zu stark als Teil der zarischen Ordnung, als daß sie die Autorität des Zaren grundsätzlich in Frage gestellt hätten[17].

Die Stadt-Land-Beziehungen beeinflußten demnach in doppelter Weise Struktur und Politik der Unternehmerschaft: Sie ermöglichten den Aufstieg ehemaliger Bauern sowie die Formierung eines speziellen Unternehmertyps und trugen damit zu den tiefgreifenden Konflikten zwischen verschiedenen Unternehmergruppen bei. Zugleich waren sie indirekt auch für die Einbindung des „russischen", „Moskauer" Typs in das überkommene Herrschaftssystem mit verantwortlich.

Noch deutlicher wird der Einfluß der traditionellen Stadt-Land-Beziehungen, die trotz der durch Industrialisierung und Städtewachstum errichteten Barrieren zwischen beiden Bereichen nachwirkten, bei der Bildung der Industriearbeiterschaft und den sich daraus ergebenden Konflikten. Als sich seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts die industrielle Entwicklung beschleunigte und damit auch der Arbeitskräftebedarf sprunghaft anstieg, mußten die Unternehmen viel stärker als in westlichen Ländern auf Bauern zurückgreifen. Ein ausreichendes Reservoir an städtischen Unterschichten stand nicht zur Verfügung, schon gar nicht an Handwerkern. Hingegen gab

[17] Ruth Amende Roosa, Russian Industrialists Look to the Future: Thoughts on Economic Development, 1906–1917, in: Essays in Russian and Soviet History in Honor of Geroid Tanquary Robinson. Ed. by. J. Sh. Curtiss. Leiden 1963, 198–218; dies., „United" Russian Industry, in: Soviet Studies 24, 1972–73, 421–425; James D. White, Moscow, Petersburg and the Russian Industrialists. In Reply to Ruth Amende Roosa, ebd., 414–420; Victoria Anne Palmer King, The Emergence of the St. Petersburg Industrialist Community, 1870 to 1905: The Origins and Early Years of the Petersburg Society of Manufacturers. Ph. D. Univ. of California, Berkeley 1982. Vgl. außerdem P.A. Berlin, Russkaja buržuazija v staroe i novoe vremja. [2]Moskva/Leningrad 1925; V. Ja. Laverycev, Krupnaja buržuazija v poreformennoj Rossii (1861–1900 gg.). Moskva 1974; Gregory Guroff/Fred V. Carstensen (Eds.), Entrepreneurship in Imperial Russia and the Soviet Union. Princeton, N.J. 1983; Johannes H. Hartl, Die Interessenvertretungen der Industriellen in Rußland 1905–1914. Wien/Köln/Graz 1978; Heiko Haumann, Kapitalismus im zaristischen Staat 1906–1917. Organisationsformen, Machtverhältnisse und Leistungsbilanz im Industrialisierungsprozeß. Königstein 1980.

es bereits länger die Praxis bäuerlicher Saison- oder Wanderarbeit in der Stadt, und eine ganze Reihe von Bauern, die nun in den neuen Betrieben Arbeit und Verdienst suchten, konnte aufgrund der weiten Verbreitung des dörflichen Handwerks entsprechende Fertigkeiten vorweisen. Leider liegen keine differenzierten Gesamtzahlen vor. Man wird aber für die Zeit um die Jahrhundertwende den Prozentsatz der Arbeiter bäuerlicher Herkunft mit über 50 % angeben müssen. In Moskau lag er mit über 90 % (1902) an der Spitze. Während des zweiten industriellen Aufschwungs seit 1908 wurden dann schon mehr Arbeiter aus städtisch-proletarischer Familie beschäftigt, ohne daß jedoch der Zuzug vom Land entscheidend nachließ.

Schauen wir uns Moskau etwas genauer an. Fast alle zuwandernden Bauern stammten aus dem Moskauer oder den unmittelbar angrenzenden Gouvernements. Überwiegend handelte es sich bei den Neuankömmlingen um jüngere, verheiratete Männer, deren Frauen in der Regel zu Hause blieben. Mädchen und Frauen, die vom Land nach Moskau kamen und im allgemeinen in der Textilindustrie eine Beschäftigung fanden, waren meistens ledig. Als geschlossene Familie in die Stadt zu ziehen, lohnte offenbar normalerweise nicht. Dies hatte nicht nur für die Lebensweise in der Stadt, sondern auch für die Verhältnisse auf dem Land Konsequenzen. Ganz junge und ältere Männer, dazu die Ehefrauen der Weggezogenen blieben im Dorf zurück. Damit drohten Ineffektivität und Abneigung gegen neue technologische Prozesse, aber auch das Zusammenleben gestaltete sich komplizierter. Folgen hatte es, daß die männlichen „Bauern-Arbeiter" nicht nur früher als die in der Stadt geborenen Arbeiter, sondern ebenfalls früher als die „reinen" Bauern heirateten: Die größere Kinderzahl erhöhte die Landteilungen und verschärfte den Bevölkerungsdruck in den Dörfern, da die Mehrheit der „Bauern-Arbeiter" noch Landanteilsrechte behielt. In ihrer Abwesenheit übernahmen die Ehefrauen ihre Aufgaben; zur Ernte, manchmal auch zu anderen Feldarbeiten, kehrten viele Männer ins Dorf zurück. Ihre Rechte machten sie beim Tod des Vaters geltend, aber es war durchaus keine Seltenheit, daß sie diese schon früher, in Notzeiten, wenn die Unternehmer sie nicht mehr beschäftigen wollten oder den Lohn verringerten, wieder wahrnahmen. Insofern stellte die fortdauernde Landbindung zahlreicher Arbeiter einen erheblichen Schutz dar.

Häufig organisierten sich Bauern, die in die Stadt ziehen wollten, in einem *artel'*, einer Art Genossenschaft, die seit langem vor allem unter wandernden Handwerkern üblich gewesen war. Gemeinsam verließen sie das Dorf, gemeinsam suchten sie einen Arbeitsplatz. Sie wurden dann auch geschlossen eingestellt und erhielten ihren Lohn als Gruppe, den der gewählte Älteste (*starosta*) verteilte. Insbesondere wenig qualifizierte Arbeitskräfte und Tagelöhner, die dann in Kleinbetrieben unterkamen, wählten diese Organisationsform. Daneben finden wir solche *arteli* als Einheiten in der Fabrik oder lediglich als Gemeinschaften, die zusammen wohnten.

Einen viel wesentlicheren Einfluß übten die informellen Landmannschaf-

ten (*zemljačestva*) aus. Sie vermittelten nicht nur Arbeit, sondern hielten auch untereinander eng zusammen, erleichterten das ungewohnte Leben in der Stadt und bauten ein dichtes Informations- und Kommunikationsnetz auf. Um ein Beispiel für ihre Wirksamkeit zu geben: In der großen Moskauer Textilfabrik È. Cindel' stammten 1899 etwas mehr als die Hälfte der Arbeiter aus dem Gouvernement Rjazan', ein Viertel aus dem Gouvernement Tula, knapp 9 % aus dem Moskauer; der Rest verteilte sich auf andere Gebiete. Wie das erhalten gebliebene „Schwarzbuch" der Fabrik zeigt, stellte sich der regionale Zusammenhalt gerade bei sozialen Konflikten unter Beweis. Insgesamt scheint es so gewesen zu sein, daß die informellen Gruppen aus der gleichen Gegend über ein recht enges Nachrichtennetz untereinander wie mit ihren Dörfern verfügten, dadurch vielfältige Informationen erhielten und diese wiederum rasch austauschen konnten. Das verstärkte ihre Solidarität und kam ihnen bei Arbeitskämpfen und anderen Protestaktionen sehr zunutze. Einiges spricht dafür, daß sie in vielen Fällen stärker als die „eigentlichen" Organisationen der Arbeiterbewegung den Kern von Unruhen bildeten und die Aktivitäten vorantrieben. Auch für 1917 ist ihre Bedeutung belegt, obwohl die dürftige Quellenlage viele Fragen offen läßt[18].

Prinzipiell ähnlich, jedoch unterschiedlich im Ausmaß verlief die Entwicklung in Petersburg. Die Hauptstadt konnte auf keine so lange und ausgeprägte Tradition des ökonomischen und sozialen Austausches zwischen Stadt und Land oder so intensive Wanderungsbewegungen zurückblicken. Darüber hinaus waren die Gebiete um Petersburg für eine landwirtschaftliche Bearbeitung weniger geeignet als die Moskauer Region, so daß eine fortbestehende Bindung ans Land nicht unbedingt einen Vorteil bot. Wesentlich stärker als in Moskau kamen die Zuwanderer aus weiter entfernt liegenden Gegenden. Obwohl Zahlen über den Anteil von Bauern an der Industriearbeiterschaft nicht zur Verfügung stehen, müssen wir insgesamt ebenfalls von sehr hohen Prozentsätzen ausgehen: Der Anteil an der Bevölkerung vergrößerte sich zwischen 1900 und 1910 von 63 % auf 69 %, und das rasche Wachstum der Arbeiterschaft seit den neunziger Jahren korreliert mit einer starken Zunahme der Immigranten. Weniger intensiv als in Moskau dürften allerdings die Landbindungen der Neuankömmlinge gewesen sein: Nur rund 20 % der

[18] Robert Eugene Johnson, Peasant and Proletarian. The Working Class of Moscow in the Late Nineteenth Century. New Brunswick, N.J. 1979, bes. 67–79; ders., Family Relations and the Rural-Urban-Nexus: Patterns in the Hinterland of Moscow, in: The Family in Imperial Russia. New Lines of Historical Research. Ed. by David L. Ransel. Urbana etc. 1978, 263–279; ders., Peasant Migration and the Russian Working Class: Moscow at the End of the Nineteenth Century, in: Slavic Review 35, 1976, 652–664; Diane Koenker, Moscow Workers and the 1917 Revolution. Princeton, N.J. 1981, bes. 48–50; Victoria E. Bonnell, Roots of Rebellion. Workers' Politics and Organizations in St. Petersburg and Moscow, 1900–1914. Berkeley etc. 1983, bes. 52–57; Joseph Bradley, Muzhik and Muscovite. Urbanization in Late Imperial Russia. Berkeley etc. 1985.; B.N. Kazancev, Rabočie Moskvy i Moskovskoj gubernii v seredine XIX veka (40–50-e gody). Moskva 1976. Das Beispiel aus der Fabrik Cindel' bei V.V. Ložkin, K metodike izučenija „černych knig" kapitalističeskich predprijatij konca XIX – načala XX v., in: Istočnikovedenie otečestvennoj istorii. Sbornik statej. Moskva 1980, 80–111, hier 106–107.

als Bauern bezeichneten Arbeiter kehrten 1908/1909 regelmäßig zur Feldarbeit ins Dorf zurück, 13% galten als Saison- oder Wanderarbeiter. Einen Landanteil besaßen um diese Zeit nach einer – allerdings zahlenmäßig beschränkten – Umfrage etwa 40% der Arbeiter.

Mehr „Bauern-Arbeiter" als in Moskau strebten offenbar danach, sich dauerhaft in Petersburg niederzulassen. Darauf deuten auch Hinweise hin, daß sich die Tendenz verstärkte, die im Dorf zurückgebliebenen Familienangehörigen nachzuholen. Äußerlich vollzog sich eine verhältnismäßig schnelle Anpassung an städtische Gewohnheiten, Sitten und Moden, wenngleich sich einige überlieferte ländliche Bräuche – etwa bei Festlichkeiten und Todesfällen – sowie zumindest bei vielen Frauen religiöse Traditionen erhielten. Über die Probleme, die für die Zuwanderer beim Zurechtfinden in einer fremden Umgebung und bei der Umstellung auf neue Arbeitsverhältnisse entstanden, ist kaum etwas bekannt.

Sie lassen sich höchstens vermuten, wenn man die hohe Fluktuation der Neuankömmlinge zwischen verschiedenen Arbeitsplätzen, die niedrige Arbeitsproduktivität und den verbreitet auftretenden Alkoholismus als indirekte Indikatoren nimmt. Andererseits gab es auch in Petersburg starke „Landsmannschaften", allerdings – soweit sich das nach der augenblicklichen Quellenlage sagen läßt – in geringerem Umfang als in Moskau. Sie erleichterten manchem „Bauern-Arbeiter" die Eingewöhnung, und sie festigten ebenfalls den Zusammenhalt in sozialen Konflikten. Dabei kam es zu engen Verbindungen mit der organisierten Arbeiterbewegung: Die (Untergrund-) Arbeit des Vyborger Rayon-Komitees der Bolschewiki zwischen 1907 und 1917 wurde z. B. weitgehend von einer Landsmannschaft geleistet. Die Aktivitäten eines Großteils der vom Dorf stammenden Arbeiter waren demnach – wie in Moskau – keineswegs nur spontanes Aufbegehren, schnell entflammt und ebenso schnell wieder erloschen, sondern durchaus auch zielgerichtet, bewußt und auf Dauer angelegt[19].

Die große Zahl von Bauern, die in den beiden Metropolen Arbeit in Industriebetrieben suchten, verschärfte vermutlich die sozialen Spannungen: Die Umgewöhnung an neue Arbeits- und Lebensverhältnisse sowie der Konflikt von dörflichen Traditionen und Verhaltensweisen mit andersartigen Wertvorstellungen und Handlungsstrategien erhöhte die „Reizschwelle" der Zu-

[19] Thomas Steffens, Die Arbeiter von Petersburg 1907 bis 1917. Soziale Lage, Organisation und spontaner Protest zwischen zwei Revolutionen. Freiburg 1985; Bonell: Roots (wie Anm. 18); Mary Frances Desjeans, The Common Experience of the Russian Working Class: The Case of St. Petersburg 1892–1904. Ph. D. Duke University 1978; É.É. Kruze, Peterburgskie rabočie v 1912–1914 godach. Moskva/Leningrad 1961; dies., Uslovija truda i byta rabočego klassa Rossii v 1900–1914 godach. Leningrad 1981; Natalija Vasil' evna Juchneva, Die Migrationsbewegungen nach Petersburg und ihre ethnischen Strukturen am Ende des 19. Jahrhunderts, in Bildungsgeschichte, Bevölkerungsgeschichte, Gesellschaftsgeschichte in den böhmischen Ländern und in Europa. Festschrift für Jan Havránek zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Hans Lemberg u. a. Wien, München 1988, 350–369. Vgl. auch Reginald E. Zelnik, Labor and Society in Tsarist Russia. The Factory Workers of St. Petersburg, 1855–1870. Stanford, Cal. 1971; James H. Bater, St. Petersburg. Industrialization and Change. London 1976.

wanderer. Zugleich aber gelang es vielen – offenbar anders als in Lodz – durch das verhältnismäßig enge Netz an Kommunikation und die Möglichkeit des Zusammenhaltes in den Landsmannschaften, nicht bei einer individuellen Verweigerungshaltung oder einem kurzfristigen Aufbegehren stehenzubleiben, sondern gemeinschaftlich und bewußt aufzutreten. In Petersburg waren die Bindungen an das heimatliche Dorf schwächer ausgeprägt als in Moskau; überkommene Kommunikations- und Verhaltensweisen übten jedoch immer noch einen erheblichen Einfluß aus. Vielleicht erklärt dies, warum sich hier die Neuankömmlinge schneller in das ansässige Proletariat integrierten und auch „politischer" agierten. Dabei kam es keineswegs zu einer völligen Unterordnung unter eine Partei – trotz der starken Stellung der Bolschewiki –, häufig erwies sich die „Basis" als das vorwärtstreibende Element. Auf jeden Fall machte es die spezifische Stärke der russischen Arbeiterbewegung zumindest in den beiden Hauptstädten aus, daß sich ländliche und städtische Verhaltens- und Kampfformen verbanden (statt in einen schwer überbrückbaren Gegensatz zu geraten). Darüber hinaus erleichterte es diese Verbindung aufgrund der fortbestehenden Kontakte vieler Arbeiter zum Dorf, Arbeiter- und Bauernbewegung partiell anzunähern: Ohne dies wären die Revolutionen von 1917 nicht möglich gewesen.

III.

Der skizzenhafte Vergleich zwischen den vier Städten und Regionen hat gezeigt, daß den Beziehungen zwischen Stadt und Land überall eine hohe Bedeutung für gesellschaftliche Konfliktlagen zukommt. Um ihre jeweiligen Besonderheiten herauszufiltern, muß zunächst die Stellung der Stadt in ihrem Um- und Hinterland[20] gekennzeichnet werden: Wie stark ist die (traditionelle) zentrale Funktion der Stadt? Welche Rolle spielt sie in der Marktregion? Inwieweit konzentrieren sich hier Handel und Gewerbe – und mit welcher Branchenstruktur –, oder wie verteilen sie sich über die Region? Entsprechend unterschiedlich greift die Industrialisierung in die Stadt-Land-Beziehungen ein. In einer künstlichen Industriestadtgründung wie Lodz etwa müssen Fabriken, Unternehmer und Arbeiter ein anderes Gewicht erhalten als in traditionellen, vielfältig strukturierten Metropolen wie Warschau.

Nur in den beiden polnischen Städten traten die Juden in Verbindung mit dem Stadt-Land-Problem als Konfliktpotential oder als Katalysator in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf; aus Moskau und Petersburg wurden sie als Massenerscheinung durch gesetzliche Regelungen ferngehal-

[20] Zur Differenzierung dieser Bereiche vgl. Vera Bácskai, Budapest und sein Umland in der Zeit der Frühindustrialisierung (Erste Hälfte des 19. Jahrhunderts), in: Zentrale Städte (wie Anm. 1), 112–125, hier 113.